

Heraus mit den Getreidevorräten!

Ein Appell an die Regierung.

Es darf nicht mehr verschwiegen werden: Die Frage der Brotversorgung der heimischen Bevölkerung wächst sich zu einer immer größer werdenden Sorge aus. Gleich sei aber, um jede Beunruhigung im Publikum zu verschüchtern, bemerkt, daß diese Sorge durchaus nicht aus der Befürchtung vor zu geringem Vorrat an Brotfrucht entspringt. Getreide — das muß immer und immer wieder unterstrichen werden — ist genügend vorhanden, um den heimischen Bedarf bis zu dem uns noch von der nächsten Ernte trennenden Zeitpunkt zu decken. Amtliche statistische Feststellungen haben das über allen Zweifel erwiesen. Das Getreide ist da, aber seiner Bestimmung wird es zum Teile, und zwar nur zu spekulativen Zwecken, entzogen. In Böhmen, in Mähren, in Ungarn lagern große Vorräte, ängstlich gehütet und auf den Schuttböden und in den Speicherkammern der Cigrier verschlossen. Bei den eigentlichen Landwirten dürfte man schwerlich viel von diesen Vorräten finden. Die haben wohl den größten Teil ihrer Erzeugnisse zur Zeit an die Händler abgegeben, die in ihrer Gewinnsucht noch immer nicht durch die seit Kriegsausbruch ohnedies abnorm hohen Getreidepreise gesättigt, durch Zurückbehaltung der Frucht noch fortgesetzt höhere Profite herauszuschlagen bemüht scheinen. Die Müller erhalten nichts zum Vermahlen, die Bäcker und mit ihnen die Bevölkerung hängen dem Tag entgegen, da es in den Backstuben an Mehl mangelt, indes Roggen und Weizen in den Scheunen unverkauft lagern. Hier ist die Wurzel alles Übels, dem mit aller Kraft entgegenzutreten keine Zeit mehr zu verschwenden ist.

Denn auch das hat sich zur Genüge erwiesen, daß alle bisher in der Frage der Getreideversorgung ergriffenen Maßregeln nicht viel mehr als ein Schlag ins Wasser gewesen sind. Als man sich endlich nach vielem Drängen entschloß, die Getreidezölle aufzuheben, war es viel zu spät. Unausgesetzt stiegen die Brotfruchtpreise, denen auch die Aufhebung der Zölle nichts anzuhaben vermochte. Aber auch die Anordnung der Höchstpreise für Getreide blieb im Wesen wirkungslos. Die Abstufung der Maximalpreise für die einzelnen Kronländer der diesseitigen Reichshälfte, noch mehr die Festsetzung der für Ungarn gültigen Höchstpreise haben fast die gegenteilige Wirkung von dem erwünschten Ziele gezeitigt. Man hat sich zwar auf Drängen und auf die Vorstellungen der österreichischen Müllerei zu einer zweiten Höchstpreisverordnung in der jenseitigen Reichshälfte entschlossen, aber auch diese Maßregel war von keinem nutzbringenden Ergebnis begleitet. Auch jetzt ist der gesetzliche Weizenpreis für Budapest noch immer höher als der für Wien, so daß ein Abströmen des Getreides nach Wien, selbst aus jenen Orten, die sonst infolge ihrer Bahnlage nach der österreichischen Hauptstadt Ware abgegeben haben, kaum zu gewärtigen ist. Oesterreich ist aber zum großen Teile auf die Einfuhr ungarischer Frucht angewiesen. Sicherlich würde die einheitliche Festsetzung von Maximalpreisen für die gesamte Monarchie, wie sie immer wieder, insbesondere auch von der Wiener Gemeindevertretung gefordert wurde, einige Erleichterung schaffen. Ob aber selbst dieser Schritt im gegenwärtigen Zeitpunkt den künftigen Nahrungsbedarf unserer heimischen Bevölkerung völlig sichern könnte, muß angesichts der in den letzten Wochen beobachteten Erscheinungen leider bezweifelt werden. Alle Maßnahmen, solange sie nicht dem Kern der Dinge auf den Leib rücken, werden immer mehr oder weniger vergebliche bleiben. Was uns fehlt,

ist nicht die Frucht. Wir haben keine Getreidesnot, sondern nur Not an Energie, um den Brotwucherern endlich das Handwerk zu legen. Was wir brauchen, ist nicht Roggen und Weizen, die genügend vorhanden sind, sondern entschlossenes Vorgehen gegen diejenigen, die das Getreide zu gewinnstüchtigen Zwecken dem Nahrungsbedarf der Bevölkerung entziehen.

Es heißt die Geduld der Bevölkerung, die in diesen Zeiten wahrlich genug der Opfer bringt, auf eine harte Probe stellen, will man diesem Treiben noch länger zusehen. Hier ist kein weiteres Besinnen mehr am Platz, sondern nur rasches Handeln kann zu greifbaren Erfolgen führen. Die erste Pflicht erwächst hier der Regierung. Was die autonomen Körperschaften, insbesondere die Gemeinde Wien, tun konnten, haben sie bisher getan. Die Vertretung der Stadt Wien hat sich in der Brotversorgungsfrage die Füße wund gelaufen, Konferenzen über Konferenzen abgehalten, Resolutionen über Resolutionen an die Regierung beschossen, immer wieder auf die Gefahren hinweisend, die aus der seitens der maßgebenden Faktoren geübten Behandlung der Angelegenheit für die Bevölkerung drohen. Die Gemeinde Wien hat ihre Pflicht redlich erfüllt, nun ist es an der Regierung, sich endlich energisch ins Zeug zu setzen. Heraus mit dem Getreide! Das ist der Lösungsruf der Bevölkerung, dem Gehör zu schenken die leitenden Kreise verpflichtet sind. Den regierenden Behörden stehen genügend Mittel zur Verfügung, um die Vorräte dem Verbräuche zuzuführen. Auf Grund der Kriegsgesetze sind kurzerhand alle Getreidebestände zu ermitteln und zu requirieren. Und da der Handel hier sich als unsocial, ja antisocial erwiesen hat, sich also aus der Gemeinschaft selbst ausgeschaltet hat, ist er einfach vom Amte wegen überhaupt auszuschalten: Die Regierung übernehme in eigener Regie die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide.

Ein längeres Zuwarten kann von so schwerwiegenden Folgen begleitet sein, daß der Staat ohne Zaudern jedes Bedenken und jede Rücksicht auf, wie sich zeigte, durchaus unzulängliche, eigensüchtige privatwirtschaftliche Interessen beiseite zu schieben berechtigt ist. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, in diesem Falle also Geld. Heimat und Staat sind oder sollen jetzt aller Leitstern sein, der einzelne hat sich dem Gesamtinteresse unterzuordnen. Ebenso aber ist es heilige Aufgabe des Staates, die Zurückgebliebenen vor wirtschaftlichen Gefahren und vor Ausbeutung, soweit es in seiner Macht liegt, zu schützen. Diese Macht hat aber der Staat und dessen leitende Kreise in der Brotversorgungsfrage. Daß der Mehilverbrauch Einhalt geboten werden, daß das Publikum auf gewohnte Bequemlichkeiten verzichten lernen muß, gehört auf ein anderes Kapitel. Hauptsache ist, daß das Mehl vor allem da ist. In Budapest, wo der Getreidehandel dieselben volksschädlichen Praktiken übt, wie bei uns, so daß die Militärspitäler und Krankenhäuser schon an einem Mehlmangel leiden, hat bereits gestern Graf Tisza kurzen Prozeß gemacht und in einem Regierungserlaß die Requisition der für die ungarische Hauptstadt erforderlichen Getreidemenge angeordnet. Gegen die der Verordnung Zuwiderhandelnden werden Freiheitsstrafen verhängt.

Die Bevölkerung wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis die Regierung mit aller Strenge und mit voller Wucht ihres Amtes gewaltet hat. Mit schwachen Mitteln, mit Uebergabe von kaum in Betracht kommenden Bruchteilen von Mehl ist insbesondere der hauptstädtischen Bevölkerung wenig gebient. Das ganze noch vorhandene Getreide — genügend für den Nahrungsbedarf bis zur nächsten Ernte — muß aus den Speicherkammern heraus! Möge die Regierung den eindringlichen Ruf der Bevölkerung nicht überhören und endlich mit fester Hand die Getreideversorgung in eigene Obhut nehmen. Sie kann dessen sicher